

Gemeinden wollen offen über die Zukunft sprechen

Keine Vorentscheidungen und keine Versprechen im Amtsausschuss

Eine gemeinsame Zukunft für Döbern-Land scheint derzeit nur möglich, wenn alle Gemeinden des Amtes dies wollen. Nur im Verbund aller acht lässt sich ein Konstrukt finden, dass die Politik in Potsdam davon überzeugen könnte, die derzeit offenbar von einigen angestrebte Zerschlagung des Amtes zu stoppen. Doch sind überhaupt alle Gemeinden dazu bereit?



Im Amtsausschuss wurde es kürzlich schon einmal ernst. Yvonne Fischer, Ausschussmitglied aus Döbern, fordert eine Abstimmung, um zumindest eine Tendenz zu bekommen, in welche Richtung die einzelnen Gemeinden gehen. "Sonst können wir uns die Diskussionen ohnehin sparen", sagte sie, fand allerdings keine Mehrheit im Gremium. Bevor man abstimme, müsse man eine Grundlage haben, sagte der Ausschussvorsitzende Egbert S. Piosik. Diese Grundlage soll das Konzept zur Großgemeinde sein, das den Abgeordneten mittlerweile zugesandt wurde. Doch hat das überhaupt noch eine Chance? Entscheidend ist, wie sich die Gemeinden positionieren. Die Vertreter im Amtsausschuss haben das zum Teil bereits getan.

Wiesengrund: "Wir haben zwei Gemeinden im Amt, die schuldenfrei sind", sagt Bürgermeister Piosik. Diese würden natürlich genau schauen, wie die finanzielle Lage eines neuen Gebildes aussehen würde. "Wenn die Zahlen nicht belastbar sind, werde ich meiner Gemeinde nicht empfehlen, diesen Weg zu gehen", sagte er im Amtsausschuss mit Blick auf das Konzept der Großgemeinde. Klar sei aber auch, dass die Alternativen wenig reizvoll sind. "Jede Variante ist für Wiesengrund negativ." Reiner Brauer, Ortsbürgermeister von

Trebendorf und Mitglied im Amtsausschuss, sieht die Vorteile einer Großgemeinde: "Ich bin für einen starken ländlichen Raum."

Hornow-Wadelsdorf: Die Gemeinde hatte sich bereits im Vorfeld entscheiden, eine Bürgerbefragung zu starten. "Wir haben eine Alternative", sagt Bürgermeisterin Antoinette Leesker. "Und es ist gut, dass wir eine Alternative haben." Diese Alternative heißt Spremberg. Eine Vorentscheidung will Leesker allerdings nicht treffen. "Wir werden das Konzept prüfen", verspricht sie mit Blick auf die Großgemeinde. "Entscheidend ist, ob die schwarze Null steht. Und das geht nur durch sparen", so Antoinette Leesker.

Döbern: "Die einzige Variante, die ich sehe, ist eine Großgemeinde Muskauer Faltenbogen", sagt die stellvertretende Bürgermeisterin Yvonne Fischer, betont aber, das sei ihre persönliche Ansicht. "Dafür müssen sich aber alle einig sein. Wir sitzen alle in einem Boot." Wenn die Großgemeinde scheitere, bleibe nur noch die Aufteilung. "dann will ich aber selbst entscheiden, in welche Richtung wir gehen", sagt Yvonne Fischer angesichts der Bemühungen aus Forst und Spremberg, das Amt unter sich aufzuteilen.

Jämlitz-Klein Düben: "Entscheidend ist, ob eine Großgemeinde wirtschaftlich machbar ist oder nicht", sagt Bürgermeister Horst Hallasch.

Tschernitz: "Wir brauchen die Konzepte auf dem Tisch. Dann können wir sie nebeneinanderlegen und entscheiden", sagt Bürgermeister Peter Drobig. Er verweist allerdings auch auf die Schuldenlage der Gemeinde und die Auflagen aus Potsdam.

Vor zehn Jahren habe man in einem Bürgerentscheid schon einmal für den Weg nach Spremberg gestimmt, gibt Dirk Eidtner, Ortsbürgermeister von Wolfshain zu bedenken. Dieser Entscheid sei allerdings aufgehoben worden, da die gemeinsame Grenze fehlte. "Wir sind also auch von den Beschlüssen der Anderen abhängig", so Eidtner.

Neiße-Malxetal: "Wir wollen nicht auseinandergerupft werden", gibt Bürgermeister Eberhard Müller den Trend seiner Gemeindevertreter wieder. Müller wehrt sich vor allem gegen Äußerungen aus dem Innenministerium, die eine Aufteilung als einzige Option darstellen. "Lasst die Bürger entscheiden", fordert Müller.

Felixsee: "Warten wir diese Konzeption ab und sehen wir dann, was sich daraus machen lässt", rät Bürgermeister Peter Rabe.

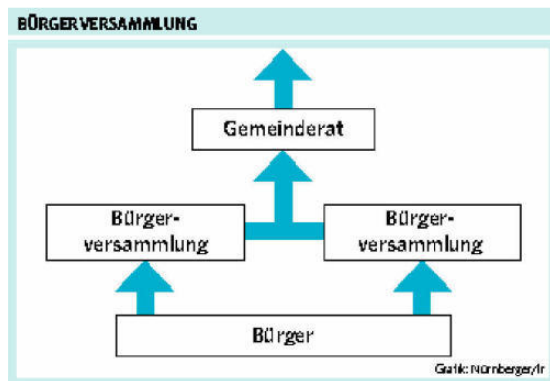
Groß Schacksdorf-Simmersdorf: "Wir sollten Ruhe bewahren, bis wir die Diskussionsgrundlage haben", so Bürgermeister Wolfgang Katzula.

Bodo Baumert

Am Ende dürfen die Bürger entscheiden

Zwei Verfahren, um Meinung des Volkes zur Gebietsreform einzuholen /
Bürgerentscheid wäre teurer / Gemeinden müssen Kosten selbst tragen

Döbern Eine Entscheidung zu einer Gebietsreform in Döbern-Land kann es nur geben, wenn die Bürger ihre Meinung dazu abgeben können. Das steht außer Frage.

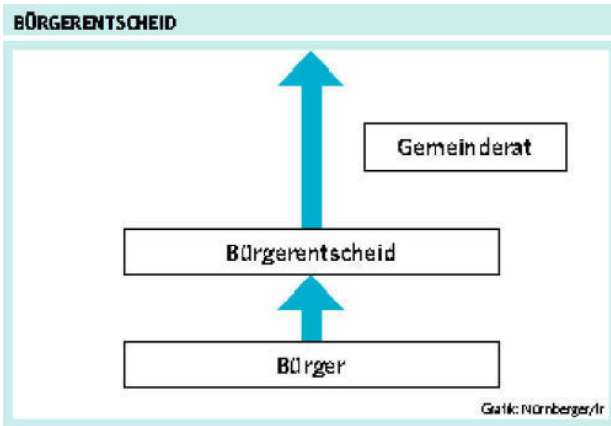


Diskussionen hatte es jüngst allerdings über die Kosten geben. Bürgermeisterin Antoinette Leesker hatte in Hornow-Wadelsdorf kürzlich von 10 000 bis 15 000 Euro gesprochen, die laut Amt ein Bürgerentscheid kosten würde. Wer eine solche Aussage von sich gegeben hat, war im jüngsten Amtsausschuss allerdings nicht zu ermitteln.

"Die letzte Kommunalwahl hat rund 20 000 Euro an Kosten verursacht", erläuterte Fachbereichsleiter Mike Lenke. "Unstrittig ist, dass die Gemeinde, die einen Bürgerentscheid in Auftrag gibt, auch die Kosten trägt", so Amtsdirektor Günter Quander. Günstiger werde es, wenn alle Gemeinden im Amt zeitgleich einen Bürgerentscheid durchführen, da die Kosten dann aufgeteilt werden können. Teuer ist laut Lenke vor allem das Erstellen eines amtlichen Wahlregisters und die Produktion der Wahlunterlagen. Alternativ sei auch eine Bürgeranhörung in verschiedenen Varianten möglich. Was sind die Vor- und Nachteile? Ein Überblick:

Bürgerentscheid: Dieser ist die höchste und direkteste Art der Bürgerbeteiligung. Wenn die Bürger mit der nötigen Stimmenzahl ihr Votum abgeben, ist dieses für die Gemeindevertreter bindend. Allerdings ist beim Bürgerentscheid nur eine Ja-oder-Nein-Frage möglich. Also etwa: Soll eine Großgemeinde in den Grenzen des Amtes Döbern-Land gebildet werden? Der Bürgerentscheid ist teuer, da Unterlagen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben produziert werden müssen.

Bürgeranhörung: Beteiligt werden können die Bürger auch im Rahmen von Bürgerversammlungen oder einer schriftlichen Befragung. Dabei können die Bürger ihre Meinung auch zu verschiedenen Positionen abgeben. Da es keine gesetzlichen Vorgaben gibt. Allerdings ist so eine Befragung auch nicht bindend. Das heißt: Die Gemeindevertreter können sich den Bürgerwillen anschauen, können aber trotzdem anders entscheiden.



bob